

No deals with Teheran!

Nur wenige Meter vom erziehungswissenschaftlichen Institut, in dem sich junge Menschen über inklusive Pädagogik und Dekonstruktion von Geschlecht und Sexualität austauschen und sich selbst gerne als besonders weltoffen und aufgeklärt sehen, hat die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) am 16.06 den iranischen Botschafter Ali Majedi zu einer Veranstaltung mit dem Thema: „Iran - eine Wirtschaftsmacht zurück auf dem Weltmarkt“ in die Franckeschen Stiftungen eingeladen. Mit dieser Veranstaltung bieten die hallische CDU und Bernd Wiegand, der die Eröffnungsrede hält, dem Vertreter eines Regimes die Bühne, das die Scharia als Gesetzesgrundlage hat.

Mit der Offenheit und Faszination für dieses Terrorregime steht die MIT bei weitem nicht alleine da. Sei es Claudia Roth, die dem vorherigen Botschafter Ali Reza Sheikh Attar bei der Münchner Sicherheitskonferenz in aller Öffentlichkeit ein „High-Five“ gab, die Linkspartei, deren Politprominenz Dauergast beim Mullah-Regime zu sein scheint, oder Sigmar Gabriel, der erst im April diesen Jahres mit einer großen Wirtschaftsdelegation in den Iran reiste. Dies geschah aller Kritik zum Trotz, die auf den nur kurz danach im Iran stattfindenden Holocaust-Karikaturen-Wettbewerb und einer Ächtung dessen durch Gabriel abzielte. Dieser Wettbewerb steht exemplarisch für die zur Vernichtung strebende antisemitische Staatsräson im Iran. Die Unterstützung diverser Schlächterbanden in Syrien, dem Irak und im Libanon passt dabei in

das Drängen des Irans, eine einflussreiche und damit blutige Hegemonialmacht zu werden, die die "Islamische Revolution" im ganzen Nahen Osten durchzusetzen gedenkt.

Die tatsächlich vorhandene Attraktivität des Irans für deutsche Wirtschaftsinteressen, fasste der Botschafter Majedi 2015 in den Stuttgarter Nachrichten passend zusammen: „Wir haben eine junge und gut ausgebildete Bevölkerung, die Personalkosten im Iran sind längst nicht so hoch wie die in Deutschland.“ Das ist sicherlich wahr; so leben 70% der iranischen Arbeiter unter der Armutsgrenze und die Kaufkraft dieser ist (Stand 2015) in einem Jahr um 73% gesunken. Auch von den angestrebten Wirtschaftsbeziehungen, die durch die Aufhebung der Sanktionen leider von nun an einfacher sind, wird der größte Teil der Bevölkerung folglich nicht profitieren. Dieser wird neben der herrschenden Armut durch das autoritäre Mullah-Regime klein gehalten und unterdrückt. Steinigungen, Peitschenhiebe und willkürliche Verhaftungen von Regimekritikern und Menschen, die mehr vom Leben erwarten als Kopftuch und Geschlechtertrennung, sind an der Tagesordnung. Frauen werden unterdrückt, Homosexuelle getötet und Andersgläubige bedroht.

Gerade unter diesem Blickwinkel ist es erschreckend, dass die MIT, wie im Einladungstext geschrieben, die Stabilisierung der momentanen Regierung zu einem ihrer Ziele erklärt. Zwar wird Hassan Ruhani, der seit 2013 Präsident ist, hochgelobt und völlig zu Unrecht als "moderat"

bezeichnet - seine Amtszeit widerspricht diesem Bild jedoch massiv. Seit seiner Amtsübernahme werden mehr Menschen hingerichtet als zu Zeiten von Ahmadinedschad. Alleine im Jahr 2015 waren es 977. Und auch für ihn ist Israel, in trauter Eintracht mit seinen Vorgängern ein „elendes Land“ und „der große zionistische Satan“, der bei Fertigstellung der Atombombe - wie bei jeder Gelegenheit angekündigt wird - ausgelöscht werden sollte. Ruhani steht also keineswegs im Widerspruch mit den religiösen Führern des Irans, die wie auch der Begründer der Republik Ayatollah Ruhollah Khomeini die Zerstörung des Staates Israels zum Ziel haben. Wer all dies ausblendet, also mit dem Iran wirtschaftliche Beziehungen anstrebt und vom Terror der Mullahs nichts wissen möchte, stabilisiert und legitimiert ein mörderisches Regime.

Auch die sogenannte Weltgemeinschaft hat sich bislang gern an der Nase herum führen lassen und die Sanktionen wegen des iranischen Atomwaffenprogramms ausgesetzt, da man nur zu gerne glaubt, dass das Regime ein harmloser Schaumschläger sei. Vielmehr sieht man die Mullahs als Koalitionspartner im Kampf gegen den IS an und drückt bei den umfangreichen Verbrechen im Iran und außerhalb gerne mal ein Auge zu. Das scheint auch weder die CDU-Mittelständler noch den stets um Dialog und Zivilcourage bemühten Oberbürgermeister der Stadt Halle sonderlich zu interessieren. Schließlich gibt es eventuell ein paar Aufträge abzugreifen.

**Bündnis gegen Antisemitismus Halle,
Juni 2016**

Gegen die Kollaboration mit Islamisten, Antisemiten, Schwulenhassern und Frauenunterdrückern!

**Kundgebung am Donnerstag, den 16.06.16 um
16.30, Franckeplatz 1**